

Die Verantwortlichen sitzen in Berlin

KZVB-Vorstand im Gespräch mit Klaus Holetschek

Der Antrittsbesuch des neuen KZVB-Vorstands beim bayerischen Gesundheitsminister Klaus Holetschek stand ganz im Zeichen der Wiedereinführung der Budgetierung. Der CSU-Politiker zeigt zwar viel Verständnis für die Wut der Zahnärzte, machte aber auch klar: „Die Verantwortlichen sitzen in Berlin.“

Dr. Rüdiger Schott, Dr. Marion Teichmann und Dr. Jens Kober schilderten Holetschek, wie sich die Budgetierung auf die zahnmedizinische Versorgung in Bayern auswirken werde. „Wir erleben gerade einen massiven Konzentrationsprozess. Die Versorgungslandschaft im ländlichen Raum dünnt sich dagegen zunehmend aus. Wir können die jungen Kolleginnen und Kollegen nicht für die Niederlassung begeistern, wenn die vollumfängliche Vergütung der erbrachten Leistungen nicht sichergestellt ist. Lauterbach gefährdet mit seiner Sparpolitik den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag.“

„Es ist fünf vor zwölf“

Neben der Budgetierung ging es in dem Gespräch auch um Medizinische Versorgungszentren (MVZ). Der KZVB-Vorstand dankte Holetschek dafür, dass er das Thema fremdkapitalfinanzierte MVZ auf die bundespolitische Agenda gesetzt hat. Anders als sein Amtskollege im Bund lasse er seinen Worten auch Taten folgen. Der Entschließungsantrag, den die Bundesländer Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein im Bundestag eingebracht haben, erhöhe den Handlungsdruck auf Karl Lauterbach. „Es ist fünf vor zwölf, wenn wir die wohnortnahe Versorgung erhalten wollen. Internationale Investoren sind gerade dabei, in



Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek teilt die Kritik des KZVB-Vorstandes an der Gesundheitspolitik der Berliner Ampel-Koalition.

großem Stil Praxen aufzukaufen und ihre Marktanteile auszubauen“, so Dr. Schott. Dr. Teichmann verwies darauf, dass sich fremdkapitalfinanzierte MVZ auf die städtischen Ballungsräume konzentrieren und kaum einen Beitrag für die Versorgung in der Fläche leisten. „Wir erwarten, dass Lauterbach noch vor der Sommerpause einen Entwurf für ein MVZ-Regulierungsgesetz vorlegt. Gründung und Betrieb eines zahnmedizinischen MVZ sollten ausschließlich Zahnärzten gestattet sein. Außerdem brauchen wir eine weitere Beschränkung der Marktanteile von MVZ und eine strikte räumliche Begrenzung“, ergänzte Dr. Kober. Bei Holetschek rannte der KZVB-Vorstand mit seinen Forderungen offene Türen ein. „Der Anteil von MVZ an der Versorgung steigt rasant. Allein in Bayern ist die Zahl der MVZ seit deren Einführung 2004 von 9 auf 938 im August 2022 explodiert, rund 20 Prozent davon sind in der Trägerschaft privater Kranken-

häuser, über welche Finanzinvestoren oft ihre MVZ betreiben. Zudem beobachten wir, dass gerade die Investoren ihre MVZ vor allem in Ballungsgebiete verlagern, wo sie sich mehr Gewinn versprechen als auf dem Land. All dies gefährdet eine flächendeckende und vielfältige ambulante ärztliche Versorgung und muss verhindert werden. Hier ist dringend eine stärkere Regulierung geboten“, so der Minister. Er sicherte den Zahnärzten auch weitere Unterstützung im Kampf gegen die Berliner Sparpolitik zu und kritisierte die von Lauterbach geplanten „Gesundheitskioske“. „Ich frage mich auch, ob die ohnehin knappen Finanzmittel der gesetzlichen Krankenversicherung nicht besser in vorhandene Arztstrukturen investiert werden sollten, anstatt neue Strukturen aufzubauen, die ebenfalls unter dem Fachkräftemangel leiden.“

Redaktion KZVB